

Aktuell
BLOCKIERTE AUFKLÄRUNG

Klartext
SCHLECHT VERHANDELT

Aktuell
HAWK: BEGINNT JETZT DIE AUFARBEITUNG?

In Kürze
MELDUNGEN

Aus dem Parlament
STAATLICH LEGITIMIERTES KIFFEN?

B

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe November 2016

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren, Donald Trump wird im Januar neuer US-Präsident. Für die meisten Menschen in Deutschland war das eine große Überraschung. Ganz ähnlich war es bei der Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen. In Deutschland verwundern die Ergebnisse der populistischen Parteien bei Landtagswahlen. Muss eine Volkspartei wie die CDU darauf reagieren und wenn ja wie?

Vielleicht haben wir es uns nach der Deutschen Einheit ein wenig zu leicht gemacht. Wir haben geglaubt, unsere Werte und unsere Bündnisse stünden nicht mehr zur Disposition. Das Grundgesetz, die Soziale Marktwirtschaft, der tolerante westliche Lebensstil, die Europäische Union, die Westbindung in der NATO, alle diese Errungenschaften wurden durch die CDU hart erkämpft. Sie sind unser Markenkern und wurden lange Zeit von niemandem in Frage gestellt. Inzwischen ist das anders. Aber deshalb werden wir diese Positionen nicht aufgeben. Unsere Aufgabe ist vielmehr, den Wert dieser Errungenschaften wieder deutlich zu machen. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger aufs Neue von unseren Grundwerten überzeugen, damit sie uns auch in Zukunft vertrauen. Wir müssen wieder kämpferischer werden. Was für eine reizvolle und spannende Aufgabe.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

BAUSTELLE

INNENPOLITIK

ROT-GRÜN HAT SICHERHEITSLAGE IN NIEDERSACHSEN NICHT IM GRIFF

THEMA DES MONATS

Baustelle Innenpolitik

Vom islamistischen Terror bis zum Gruselclown – Rot-Grün hat die Sicherheitslage nicht im Griff

Die Sicherheitslage in Niedersachsen ist angespannt: Der islamistische Terror hat das Land spätestens mit dem Angriff auf einen Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover erreicht und die Einbruchskriminalität nimmt stetig zu. Hinzu kommen neue Phänomene wie die Attacken der „Gruselclowns“ in den vergangenen Tagen und Wochen oder die zunehmenden Aktivitäten der sogenannten Reichsbürger. Kein Wunder also, dass viele Niedersachsen verunsichert sind. Die rot-grüne Landesregierung sieht das aber offensichtlich anders. Statt of-

fensiv durchzugreifen und der Polizei angesichts der steigenden Belastung den Rücken zu stärken, planen SPD und Grüne sogar, den Handlungsspielraum der Beamten durch das Streichen wesentlicher Kompetenzen weiter einzuschränken. Andere Probleme nehmen SPD und Grüne wiederum gar nicht wirklich ernst. Die eskalierende Gewalt von Linksextremisten in Göttingen zum Beispiel bezeichnete Innenminister Pistorius jüngst lapidar als „Jugendgewalt“. Wirklich im Griff hat Rot-Grün die Lage nicht.

Die Baustellen der rot-grünen Innenpolitik in Niedersachsen im Überblick:

Einbruchskriminalität

Mehr als 16.500 Fälle von Einbruchskriminalität in Niedersachsen verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2015. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um über 13 Prozent, bei gleichzeitig sinkenden Aufklärungszahlen und einer Verurteilungsquote von gerade einmal 2,6 Prozent. Statt sich des Problems aktiv anzunehmen, versucht Innenminister Pistorius die Verantwortung abzuwälzen: Die Bürger sollen selbst für eine bessere Sicherheitsausstattung ihrer Wohnungen und Häuser sorgen – ein entsprechendes

Förderprogramm des Landes gibt es aber nicht. Im Rahmen der „Aachener Erklärung“ wurde zudem die verbesserte Zusammenarbeit mit einigen europäischen Nachbarstaaten vereinbart – in Niedersachsen selbst hat Pistorius jedoch noch immer keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität eingeleitet. Kein Wunder also, dass das Innenministerium auf eine CDU-Anfrage zu den Einbruchszahlen in den ersten neun Monaten 2016 lieber schweigt.

Polizeigesetz

Die verschärfte Sicherheitslage, zahllose Demonstrationen, Fußballrisikospiele – Niedersachsens Polizei ist am Limit. Mehr als 1,4 Millionen Überstunden haben die Beamten inzwischen angehäuft. Entlastung ist nicht in Sicht – der rot-grüne Haushaltsentwurf 2017/18 sieht für die kommenden zwei Jahre keine zusätzlichen Stellen vor. Fakt ist, seit der rot-grünen Regierungsübernahme ist die Zahl der Polizisten im Land sukzessive gesunken. Anstatt die Polizei gezielt zu entlasten, hat die rot-grüne Landesregierung jetzt

eine Reform des Polizeigesetzes auf den Weg gebracht, die die Kompetenzen der Beamten massiv beschneiden und ihnen ihre Arbeit in Zukunft deutlich schwerer machen wird. So soll unter anderem der Begriff der „Öffentlichen Ordnung“ aus dem Titel des Gesetzes gestrichen werden – damit erlischt auch die Befugnis der Polizei, diese ungeschriebenen, für das Zusammenleben in einer Gesellschaft aber unerlässlichen Regeln durchzusetzen. Ein herber Schlag für die Kommunen.

Linksextremismus

Die Zahl linksextremistischer Gewalttaten in Niedersachsen ist in den ersten sechs Monaten 2016 im Vergleich zum Vorjahr drastisch gestiegen. Vor allem in Göttingen droht die Situation weiter zu eskalieren – Angriffe auf Polizisten, Brandanschläge auf Autos und Überfälle auf Mitglieder von Studentenverbindungen sind längst keine Seltenheit mehr. Für Innenminister Pistorius ist das aber offenbar noch

immer nicht Grund genug, das Problem wirklich ernst zu nehmen. Ein 2014 von ihm angekündigtes Präventionskonzept zum Linksextremismus fehlt weiterhin. Proaktive Aufklärung an Schulen und Universitäten? Fehlanzeige. Zu groß ist offenkundig die Angst vor einem Koalitionskrach mit den Grünen. Deren Jugendorganisation ist vor allem in Göttingen selbst tief in die linksextremistische Szene verstrickt.

„Reichsbürger“

Sie lehnen die Gesetze der Bundesrepublik ab und beharren auf dem Fortbestand des Deutschen Reiches, sie weigern sich, Steuer zu zahlen, und drucken sich eigene Pässe: Seit der tödlichen Attacke auf einen Polizisten in Bayern wird auch in Niedersachsen heftig über die „Reichsbürger“ debattiert. Die Szene ist hier ebenfalls aktiv – in den letzten

zwei Jahren gab es landesweit mehr als 40 Vorfälle im Zusammenhang mit unterschiedlichen Gruppierungen. Die CDU fordert deshalb, die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu intensivieren. Bislang ist nur die sogenannte Exilregierung Deutsches Reich mit ihren rund 25 Mitgliedern im Visier der Ermittler.

„Gruselclowns“

Die gruseligen Gestalten versetzen aktuell bundesweit die Menschen in Angst und Schrecken. Auch in Niedersachsen gab es bereits erste Attacken, so zum Beispiel in Lüneburg. Der Umgang mit dem unheimlichen Phänomen, das aus den USA nach Europa hinübergeschwappt ist, ist schwierig. Sich als „Grusel-Clown“ zu verkleiden ist zwar grundsätzlich nicht strafbar, Menschen fast zu Tode zu erschrecken hin-

gegen schon. Das Problem: Die Täter sind kaum ausfindig zu machen. Ein mangelndes Durchgreifen des Staates gegen die Angriffe der Schreckgestalten könnte jedoch immer mehr Nachahmer auf den Plan rufen. Die CDU-Fraktion will deshalb in einer Schriftlichen Anfrage von der Landesregierung wissen, wie sie mit den Vorfällen umgehen will und was sie den Opfern rät.

Islamistischer Terror

Ein Messerattentat auf einen Bundespolizisten, ein abge- sagtes Fußballländerspiel und ein Moscheevereiner mit direkten Verbindungen zu IS – der internationale islamistische Terror macht auch vor Niedersachsen nicht Halt. Für die rot-grüne Landesregierung ist das jedoch kein Grund,

zu verschärften Maßnahmen zu greifen. Auch die Ausstattung der niedersächsischen Polizei ist noch immer – knapp ein Jahr nach den Anschlägen von Paris und den Ereignissen rund um das abgesagte Länderspiel in Hannover – nicht auf große Terrorlagen ausgerichtet.

AKTUELL BLOCKIERTE AUFKLÄRUNG

Landesregierung mauert bei Aufarbeitung von Fehlern und Versäumnissen in der Terrorabwehr



Aufgrund der sehr eng gefassten Aussagegenehmigung von Landesbeamten ist der Erkenntnisgewinn durch die Zeugenbefragungen im PUA oft verschwindend gering. Foto: dpa

Im Zusammenhang von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ist gern vom „scharfen Schwert“ der Opposition die Rede: Einmal eingesetzt, kann ein Untersuchungsausschuss Zeugen vernehmen, die wie vor Gericht die Wahrheit sagen müssen, Regierungsakten einsehen und Experten anhören. Kurzum: Untersuchungsausschüsse können für Regierungen ziemlich unangenehm werden.

Dass der 23. Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags zu „möglichen Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“ in der Wahrnehmung derzeit eher wie stumpfes Schwert anmutet, liegt an den rot-grünen Regierungsfractionen und vor allem an der Landesregierung selbst. Wichtige Akten, die Aufschluss über Pannen bei der Arbeit der niedersächsischen Sicherheitsbehörden geben könnten, werden dem Ausschuss allenfalls schleppend vorgelegt oder gleich komplett zurückgehalten. Die Aussagegenehmigung von Landesbeamten, die als Zeugen etwa zum Fall der islamistischen Messerstecherin Safia S. angehört werden, ist so eng gefasst, dass der Erkenntnisgewinn von Befragungen oft noch hinter Zeitungswissen zurückbleibt. Kein Wunder also, dass der Ausschuss-Obmann der CDU, Jens Nacke, findet: „Diese Landesregierung hat ganz offensichtlich etwas zu verbergen. Die Angst scheint groß zu sein, dass weitere Versäumnisse bei der Terrorabwehr ans Tageslicht kommen. Anders ist diese bewusste Informationsblockade des Innenministers nicht zu verstehen.“

Schwerste Versäumnisse der Sicherheitsbehörden – Innenminister muss sich im Zeugenstand erklären

Inzwischen ist unstrittig, dass es bei den Sicherheitsbehörden schwerste Versäumnisse im Umgang mit der so genannten hannoverschen Terrorzelle um Safia S. und den zwischenzeitlich geflohenen Mohamed Hassan K., gegen den auch im Zusammenhang mit dem abgesagten Fußball-Länderspiel ermittelt wird, gegeben hat. Verräterische Chat-Protokolle auf dem Handy des Mädchens wurden monatelang nicht von der Polizei ausgewertet, beim niedersächsischen Verfassungsschutz hatte man die IS-Sympathisantin Safia S. vor dem Attentat auf einen Bundespolizisten gar nicht auf dem Schirm –

obwohl im Nachrichtendienst Schulungsvideos zum Salafismus gezeigt wurden. Mit Pierre Vogel in der Hauptrolle und einem kleinen Mädchen an seiner Seite, das brav Koran-Verse rezitiert: Safia S.

Folglich scheint die Erklärung des Innenministers, dass mögliche Versäumnisse ihren Ursprung in der CDU-Regierungszeit und nicht in der von Rot-Grün hätten, völlig abwegig. Zumal die Nordwest-Zeitung kürzlich von einem schweren Fehler des Verfassungsschutzes im Fall Safia S. berichtete: Offenbar gab es bereits im Oktober 2015 eine Anweisung Daten von Jugendlichen unter 16 Jahren nicht mehr zu speichern – damit verstieß die Behörde gegen geltendes Recht. Somit scheint Nackes mehrfach geäußerte Vermutung bestätigt: „dass sich die IS-Sympathisantin derart unbehelligt bewegen konnte, ist nur möglich gewesen, weil der Verfassungsschutz offensichtlich die Anweisung erhielt, Minderjährige nicht mehr zu erfassen“. Wie es zu diesen schweren Fehlentscheidungen gekommen ist, wird Innenminister Pistorius beantworten müssen, wenn er als Zeuge vor den Untersuchungsausschuss tritt.

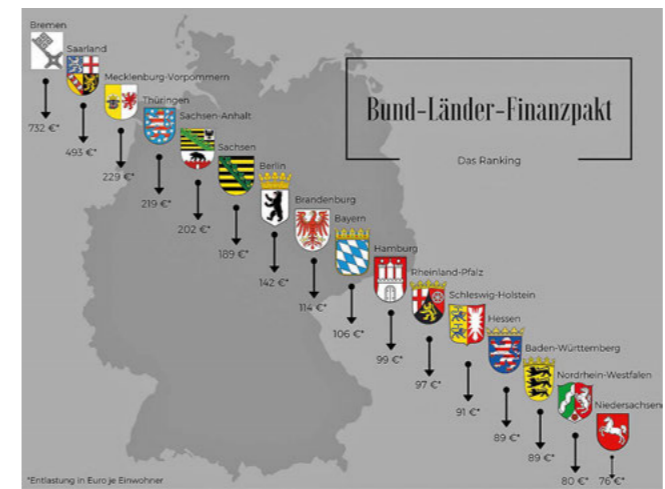


Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion.

KLARTEXT: SCHLECHT VERHANDELT von Reinhold Hilbers

„Der Bund zahlt (...) die Zeche. Aber die Länder berappen dafür einen hohen politischen Preis. Denn den Geldsegen gibt es nicht umsonst.“ Die WELT findet passende Worte für den neuen Finanzpakt von Bund und Ländern. Der vereinbarte Kompromiss bringt den Ländern zwar unterm Strich zusätzliche Mittel ein, aber der Bund will auch etwas haben für sein Geld: Kontrollrechte und Kompetenzen. Der Länderfinanzausgleich ist von einem Alimentationsinstrument geworden, das die Länder künftig zu Bittstellern des Bundes macht. Die Länder gleichen künftig nicht mehr solidarisch ihre Einnahmeunterschiede aus, sondern hängen am Tropf des Bundes.

Ministerpräsident Weil, der mit am Verhandlungstisch gesessen hat, spricht in diesen Tagen gerne von einem „gordischen Knoten“, den es mit dem vorliegenden Kompromiss „durchzuhauen“ gelungen sei. In Wahrheit hat Weil, statt für einen wirklichen Wettbewerbsföderalismus und eine Stärkung der Länderautonomie zu sorgen, eine Schwächung des Föderalismus herausverhandelt. So werden in Zukunft beispielsweise Bau und Unterhalt von Autobahnen und Bundesstraßen von Berlin aus gesteuert. Während der Ministerpräsident auch das dreist als Verhandlungserfolg verkauft, geht sein eigener Wirtschaftsminister auf die Barrikaden. Lies fürchtet – zu



In der Bundesliga würde der letzte Tabellenplatz für Niedersachsen den direkten Abstieg bedeuten – auch im Bund droht das Land durch das schlechte Verhandlungsergebnis beim Finanzpakt ins Hintertreffen zu geraten.



Reinhold Hilbers, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Recht – die Stagnation niedersächsischer Straßen-Planungsarbeiten. Der eine bejubelt seinen Jahrhundertertfolg, der Andere klagt, alles gehe den Bach herunter. Einigkeit sieht anders aus.

Als wäre der Ausverkauf der Länderinteressen nicht schon schlimm genug, steht Niedersachsen im Bundesvergleich auch noch als großer Verlierer des neuen Finanzausgleichs da. Während finanzschwache Länder, wie zum Beispiel Bremen und das Saarland, künftig pro Einwohner um 732 beziehungsweise 493 Euro mehr bekommen, schneidet Niedersachsen mit zusätzlich 76 Euro pro Kopf deutlich schlechter ab. Niedersachsen erhält vom Mehr am wenigsten. Sogar das finanzstarke Bayern kann mit Plus 106 Euro deutlich stärker profitieren. Da klingt es fast schon zynisch, wenn SPD-Fraktionschefin Johanne Modder dem Ministerpräsidenten im Landtag einen „hervorragenden Job“ bescheinigt – denn für Niedersachsen ist das ausgehandelte System ein denkbar schlechter Verteilungsschlüssel.

Zum Hintergrund:

Im Jahr 2019 laufen der Länderfinanzausgleich und der Solidarität II aus – die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern müssen deshalb neu geordnet werden. Nach langen, zähen Verhandlungen einigte man sich Mitte Oktober auf einen Kompromiss.

AKTUELL

HAWK: BEGINNT JETZT DIE AUFARBEITUNG?

Hochschulpräsidentin geht – Gutachten der TU Berlin bestätigt Antisemitismus-Vorwurf



Die Personalfrage um Hochschulpräsidentin Dienel hat der Senat der HAWK entschieden – jetzt muss die Aufklärung der Antisemitismuvorwürfe gegen die Hochschule beginnen.

Foto: dpa



Jörg Hillmer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

In die Debatte um einen Antisemitismusvorwurf gegen die Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim ist neue Bewegung gekommen, nachdem der HAWK-Senat der Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Christiane Dienel am 2. November das Vertrauen entzogen hat. Der Senat hob damit seine frühere Entscheidung auf, die amtierende Präsidentin für eine erneute Amtszeit ab Anfang 2017 vorzuschlagen. Wenige Tage später bestätigte das von der Ministerin in Auftrag gegebene Gutachten der TU Berlin den Antisemitismusvorwurf. Das Seminar „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ sei zum Teil israelfeindlich, in den verwendeten Texten werde „mit antisemitischen Klischees“ gearbeitet, so die Einschätzung der Gutachterin.

Ministerin Heinen-Kljajic hat zu lange gezögert – Aufarbeitung muss beginnen

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Hillmer, kritisiert das seiner Auffassung nach zu zögerliche Vorgehen von Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic. „Die Wissenschaftsministerin hat mit ihrem zögerlichen Handeln dem Ansehen des Landes Niedersachsen geschadet. Der Senat der HAWK musste umsetzen, wozu ihr selbst die Kraft fehlte. Angesichts ihres Zögerns stellt sich die Frage, wer so lange seine schützende Hand über die HAWK-Präsidentin gehalten hat“, sagt Hillmer.

Nach Ansicht des CDU-Fraktionsvizes muss nun mit dem Ausscheiden der Präsidentin die Aufarbeitung der Geschehnisse beginnen. Hillmer: „Die Ministerin muss dafür sorgen, dass die Vorgänge an der Hochschule, aber auch innerhalb der Landesregierung vollständig transparent werden“, fordert er. Die CDU-Landtagsfraktion hat dazu Akteneinsicht beantragt.

American Jewish Committee schreibt an Ministerpräsident Weil

Infolge der internationalen Berichterstattung über die HAWK-Affäre zieht der Fall inzwischen weitere Kreise. Ende Oktober wandte sich das American Jewish Committee (AJC) in einem offenen Brief an Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Die Direktorin des AJC Berlin wies auf die HAWK-Affäre und andere Vorfälle in Niedersachsen hin, die nach Ansicht des AJC „allesamt dazu beitragen können, das Verhältnis zum jüdischen Staat zu schädigen“. Das AJC schlug ein Gespräch vor – Weils Staatskanzlei lehnte ab. Die CDU-Landtagsfraktion sieht das kritisch: „Ministerpräsident Weil muss die Hinweise des AJC ernst nehmen und handeln. Der im Zuge der HAWK-Affäre geäußerte Vorwurf, eine niedersächsische Hochschule sei eine ‚Hass-Fabrik‘, muss auf nationaler und internationaler Ebene zweifelsfrei ausgeräumt werden“, fordert Hillmer.

Das ist bisher passiert:

Die HAWK sieht sich bereits seit Monaten heftiger Kritik ausgesetzt – in einem inzwischen abgesetzten Seminar mit dem Titel „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ sollen seit Jahren antiisraelische Inhalte vermittelt worden sein. Der Zentralrat der Juden in Deutschland wandte sich wegen des Seminars mehrmals an die rot-grüne Landesregierung und sogar das israelische Außenministerium schaltete sich ein und bezeichnete die HAWK als „Hass-Fabrik“. Erst auf Druck der internationalen Berichterstattung über den Fall beauftragte Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, ein Gutachten über die Seminarinhalte anzufertigen. Kritik gab es auch an der Gutachtenvergabe: An der TU Berlin ist auch der Ehemann der HAWK-Präsidentin tätig.

IN KÜRZE

Falsche Weichenstellung in der beruflichen Bildung

Hannover. Zu wenig Personal, zu wenig Unterricht, zu wenig Handlungsspielraum – die CDU-Landtagsfraktion wirft der rot-grünen Landesregierung vor, die Weichen für die Berufsbildenden Schulen (BBSen) in Niedersachsen falsch gestellt zu haben. „Die Kultusministerin hat offensichtlich nicht verstanden, dass an den BBS vor allem ausreichend Unterricht stattfinden muss, um den Fachkräftenachwuchs in Niedersachsen vernünftig auszubilden“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete André Bock. Die Unterrichtsversorgung an den BBSen ist mit nur noch 88,6 Prozent auf einem historischen Tiefstand angekommen. Trotzdem plant das Kultusministerium weitere Stellenstreichungen. Bock: „Mit weniger Lehrern lässt sich nicht mehr Unterricht erteilen. Die Schulleiter müssen dringend wieder selbst über die Einstellung von Lehrpersonal an ihren Schulen entscheiden dürfen.“ Die Einstellungsverfahren sind 2014 von Rot-Grün im Kultusministerium zentralisiert worden. Einen Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der beruflichen Bildung lehnten SPD und Grüne im Oktober-Plenum ab.



André Bock, MdL – Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion

Kommunalfeindliche Landesregierung

Hannover. Die von der rot-grünen Landesregierung geplante Novellierung des Kommunalverfassungsgesetzes stößt bei der CDU-Landtagsfraktion auf heftige Kritik. „Die Änderungen sind vollkommen überflüssig“, so der kommunalpolitische Sprecher der CDU, Bernd-Carsten Hiebing. Unter anderem wollen SPD und Grüne alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern verpflichten, Gleichstellungsbeauftragte einzustellen. Trotz Konnexitätsgebots will Rot-Grün nur die Hälfte der anfallenden Kosten übernehmen. Auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und der Wegfall der Verpflichtung, einen Vorschlag für die Kostendeckung solcher Anliegen vorzulegen, sorgen für Ärger. Hiebing: „Die geplanten Änderungen drohen das politische Ehrenamt zu entwerten und sind einmal mehr Ausdruck der Kommunalfeindlichkeit dieser Landesregierung.“ Die kommunalen Spitzenverbände hatten sich in den Landtagsanhörungen zu dem Gesetzentwurf ebenfalls gegen die Pläne von SPD und Grünen ausgesprochen.



Bernd-Carsten Hiebing, MdL – kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Rot-grünes Programm für Langzeitarbeitslose: Tropfen auf den heißen Stein

Hannover. In den kommenden zwei Jahren will die rot-grüne Landesregierung 1000 neue, öffentlich geförderte Stellen für Langzeitarbeitslose schaffen. Das Programm soll jährlich zehn Millionen Euro kosten. Nach Ansicht des sozialpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen, ist das jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Angesichts von aktuell 100.000 Langzeitarbeitslosen in Niedersachsen würden von dem neuen Landesprogramm gerade einmal 500 Personen pro Jahr – also gerade einmal 0,5 Prozent der Betroffenen – profitieren“, so Matthiesen. Darüber hinaus solle das Geld für die rot-grüne Initiative wieder einmal überwiegend vom Bund kommen. Nach Ansicht Matthiesens wären die für das Programm vorgesehenen 10 Millionen Euro bei den Kommunen deutlich sinnvoller angelegt. Matthiesen: „Wenn man den Kommunen die Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übertragen und sie entsprechend ausstatten würde, könnte das für den Kreis der Langzeitarbeitslosen große Chancen bieten.“



Dr. Max Matthiesen, MdL – sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

AUS DEM PARLAMENT

STAATLICH LEGITIMIERTES KIFFEN?

CDU-Fraktion gegen die Legalisierung von Cannabis

„Ausbruch einer Schizophrenie“, „Minderung der kognitiven Leistungsfähigkeit mit Konzentrations- und Gedächtnisstörungen“ oder „Ausbruch von vorübergehenden, bis zu mehrere Tage anhaltenden Psychosen“ – keine auch nur halbwegs verantwortungsbewussten Eltern würden eines dieser Symptome wohl an ihrem Kind feststellen wollen. Genauso aber beschreibt der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte nur einige der möglichen Risiken von Cannabis-Konsum für Jugendliche. Die gravierenden negativen Auswirkungen, insbesondere auf die neurologische Entwicklung von Jugendlichen, sind mittlerweile durch zahlreiche Studien belegt – dennoch entbrennt die Diskussion um eine Legalisierung von Cannabis in der Politik regelmäßig aufs Neue. So forderte ein Antrag der niedersächsischen FDP-Landtagsfraktion kürzlich die Hanf-Freigabe für Niedersachsen: Erwachsene sollen ihren Joint legal in spezialisierten Cannabis-Shops kaufen können, die daraufhin anfallende Steuer brächte dem Staat bis zu zwei Milliarden Euro Einnahmen, mit denen die Präventionsarbeit für Kinder und Jugendliche finanziert werden könnte.

Für die CDU kommt die Legalisierung von Cannabis nicht infrage, wie ihr jugendpolitischer Sprecher Volker Meyer im Landtag klarstellte: „Cannabis ist und bleibt eine Einstiegsdroge für Jugendliche. Eine staatliche Legitimierung verharmlost lediglich das Kiffen und senkt die Hemmschwelle für einen allgemeinen Drogenkonsum weiter ab – mit Jugendschutz hat das wenig zu tun.“ Der lizenzierte Hanf-Dealer an der nächsten Ecke – für Meyer wäre das ein völlig falsches Signal, nicht nur mit Blick auf die aufwendige Aufklärungsarbeit, die der Staat seit Jahren unternimmt, um insbesondere Kindern und Jugendlichen die Gefahren von Drogen bewusst zu machen. „Es kann nicht das Ziel sein, Cannabis zu entkriminalisieren und den Verkauf von Drogen staatlich zu regeln. Im Gegenteil: Wir sollten uns weiterhin für eine möglichst drogenfreie Gesellschaft einsetzen, indem wir auch zukünftig auf effektive Präventionsarbeit und frühzeitige Aufklärung setzen – und nicht auf Legalisierung.“

Prävention und Aufklärung für mehr Jugendschutz

Für Kinder und Jugendliche sei Cannabis immer noch vergleichsweise leicht zu bekommen, daran würde auch eine Legalisierung für Erwachsene nichts ändern. Die gesundheitlichen Schäden seien aber vor allem für Kinder und Jugendliche besonders gravierend, warnt Meyer. Bei den unter 25-Jährigen sei der Cannabiskonsum mittlerweile der Hauptgrund für eine ambulante und stationäre Behandlung. „Eine Legalisierung von Cannabis ist schon aus gesundheitlicher Sicht überhaupt nicht zu verantworten“, so der CDU-Politiker. Letztenendes würden mehr Menschen Cannabis konsumieren als vor der Freigabe, weil die Gefahren nicht mehr ernst genommen werden. „Aus diesem Grund sollte es der Ansatz der Politik sein, sich für eine noch bessere Drogenprävention und mehr Aufklärung einsetzen, aber nicht mithilfe der Einnahmen einer Cannabis-Steuer. Das wäre nicht nur völlig paradox, es würde vermutlich auch genauso wenig funktionieren wie bei der Alkohol- oder Nikotinsteuer.“



Geht es nach der FDP, sollen sich Erwachsene in Niedersachsen künftig ganz legal einen Joint drehen können – die CDU lehnt das Vorhaben strikt ab.

Foto: dpa



Volker Meyer, MdB – jugendpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

TERMINE

- 22. – 24. November
Plenum des Niedersächsischen Landtags
- 26. November
Parteitag der CDU in Niedersachsen in Hameln
- 29. November
Haushaltsklausurtagung der CDU-Landtagsfraktion
- 5. – 7. Dezember
Bundesparteitag der CDU in Essen

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Anjuli Walter
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>